



Wirtschaftspolitische Empfehlungen des Bürgerrats „Deutschlands Rolle in der Welt“

Deutschlands Wirtschafts- und Handelspolitik steht wohl vor den größten Herausforderungen der letzten drei Jahrzehnte. In einer neuen politisierten Phase der Handelsbeziehungen kommt Deutschlands Exportmodell unter Druck. Gleichzeitig erfordern Nachhaltigkeit und Digitalisierung grundlegende Modernisierung. Die rund 160 ausgelosten Bürger:innen im Bürgerrat forderten insbesondere eine deutlicher wertorientierte Außenwirtschaftspolitik für Menschenrechte, Umwelt- und Klimaschutz sowie eine nationale Kraftanstrengung für Nachhaltigkeit, Innovationsfähigkeit und Digitalisierung. In ihren Diskussionen zwischen dem 13. Januar und 20. Februar 2021 thematisierten sie einschneidende Veränderungen, die – auch wenn mitunter Zielkonflikte bei einzelnen Forderungen bestehen – die Notwendigkeit von Reformen des deutschen Modells unterstreichen.

Kontext: „Made in Germany“ unter Druck

Der Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen, emissionsneutralen und wettbewerbsfähigen Industrie sowie Deutschlands Aufholbedarf in Schlüsselbereichen der Digitalisierung werfen grundsätzliche Fragen zum hiesigen Wirtschaftsstandort auf. Gleichzeitig stellen der Systemkonflikt mit China und die Erwartungen der USA die besonders ausgeprägte Verflechtung einzelner Sektoren der deutschen Wirtschaft mit dem chinesischen Markt in Frage. Ihre Exportabhängigkeit machte die Bundesrepublik besonders anfällig für wirtschaftlichen Druck, nicht nur aus Peking. Die Erosion der regelbasierten Handelsordnung ist für Deutschland daher besonders problematisch.

Schlüsselbereiche für Neuausrichtung und Modernisierung

Digitalisierung vorantreiben. Damit „Made in Germany“ weiter für Innovation und technisches Know-how steht, fordern die Bürgerinnen und Bürger mehr Investitionen in Forschung und hausgemachte Digitalisierung sowie mehr Offenheit für neue Ideen. Die Forderung nach mehr Offenheit trifft den entscheidenden Punkt für eine erforderliche umfassende Modernisierung. Deutschland ist durchaus gut aufgestellt in der Grundlagenforschung, selbst im Bereich Künstliche Intelligenz. Doch nur ein echter Mentalitätswandel in Politik und Verwaltung könnte die Grundlagenforschung in größere Wettbewerbsfähigkeit verwandeln und dazu beitragen, digitale Infrastruktur deutlich schneller auszubauen und Wagniskapital sowie die klügsten Köpfe nach Deutschland zu locken. Man kann eine neue Mentalität fordern, doch am effektivsten bringt sie eine neue Generation: „digital natives“ würden in Politik und Verwaltung andere Entscheidungen treffen und sollten daher Schlüsselpositionen der Digitalisierung besetzen.

Nachhaltigkeit in der Bundes-, Energie- und Mobilitätspolitik verankern. Die Bürger:innen wünschen sich eine Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips im politischen Denken und Handeln und ein Hinterfragen der Wachstumslogik. Energieerzeugung und Mobilität sollen konsequent emissionsneutral erfolgen, ebenso sollte die Nachhaltigkeitsforschung angekurbelt werden. Als ersten Schritt könnte der Bundestag beispielsweise Nachhaltigkeit als Staatsziel im Grundgesetz festschreiben; das Bundeskanzleramt wiederum könnte einen ständigen Nationalen Nachhaltigkeitsrat einrichten. Über die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin könnte Nachhaltigkeit so zum strategischen Prüfkriterium des Regierungshandelns werden. Neben einer höheren CO₂-Bepreisung könnte die Bundesregierung strenge Berichtspflichten für Unternehmen als Teil einer neuen Nachhaltigkeitsrichtlinie (CSRD) unterstützen, statt fossiles Gas mit einem EU-Nachhaltigkeitslabel für „sustainable finance“ versehen zu wollen. Sie könnte die Mittel der „Forschung für Nachhaltigkeit“-Strategie über 4 Milliarden Euro hinaus erhöhen und durch eine deutlich höhere CO₂-Bepreisung Anreize für private Innovationen setzen.

Handel fair gestalten und ein ambitioniertes Lieferkettengesetz verabschieden. Die Forderungen der Bürger:innen zu Handel, Fairness, Menschenwürde, Nachhaltigkeit, und den Interessen schwächerer Länder sind weitreichend. Neben der Umsetzung des deutschen Lieferkettengesetzes sollte die nächste Bundesregierung demnach ein ambitioniertes europäisches Lieferkettengesetz unterstützen, das die EU-Kommission im Herbst vorschlagen wird. Im Gegensatz zum deutschen Gesetz nimmt dieses den Umweltschutz von Lieferanten als Kriterium auf. Schon die deutsche Version stellt die Wirtschaft vor Herausforderungen: nicht zuletzt droht Unternehmen in China Strafe, wenn sie dort umsetzen, was Deutschland oder Europa fordern. Europa muss seine eigene Resilienz gegenüber Zwangsmaßnahmen wie Boykotten oder dem Ausschluss aus Märkten, beispielsweise durch Löschung von e-commerce Plattformen, ausbauen. Des Weiteren könnte Deutschland seine Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik stärker verzahnen: Das würde strategische Nachteile für die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu China und anderen Ländern mit ähnlichem Ansatz ausgleichen. Gleichzeitig könnten Handelsabkommen mit konkreten Normen zu Menschenwürde, Transparenz und Nachhaltigkeit eine bessere Überprüfung der Standards vor Ort ermöglichen. Doch gibt es hier Widersprüche mit anderen Empfehlungen, wie der nach einer Neuausrichtung des deutschen Verhältnisses zu China.

Das Verhältnis zu China neu ausrichten. Die Bürger:innen sprechen sich für eine Neuausrichtung der deutsch-chinesischen Beziehungen aus. Deutschland müsse selbstbewusst Menschenrechte, Umweltschutz und faire Handelsbeziehungen anmahnen, sich Taiwan nähern, mit Partnern wie den USA ein Gegengewicht aufbauen und die eigene Sanktionsresilienz stärken. Deutschland müsste dafür eine größere Konfliktbereitschaft gegenüber Peking zeigen. Xi Jinpings Signal an die Bundeskanzlerin im März war überaus deutlich: China ist bereit, Europa wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, sobald dieses gemeinsam mit anderen stärker auf die Achtung von Menschenrechten drängt. Angesichts dieser Druckpotentiale müsste Deutschland seine Handelsbeziehungen diversifizieren, „overexposure“ bestimmter Sektoren wie der Automobilbranche thematisieren und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen zur Abschreckung chinesischer Zwangsmaßnahmen schaffen. Die EU schlägt dieses Jahr solche Gegenmaßnahmen im Rahmen eines „anti-coercion instrument“ vor, das die Bundesregierung unterstützen könnte. Eine handelspolitische Diversifizierung könnte auch durch das Freihandelsabkommen mit Indien erreicht werden, welches die EU aktuell aushandelt. Die Verhandlungen könnten jedoch ihrerseits an zu hohen Nachhaltigkeitsanforderungen seitens der Europäer scheitern.

Systemische Abhängigkeiten verringern, deutsche Unternehmen und geistiges Eigentum schützen. Die Bürger:innen sprechen sich für eine Strategie des Abbaus von Asymmetrien aus sowie für einen besseren Schutz deutscher Technologien, Qualitätsniveaus und Unternehmen. Bei den konkret angesprochenen Abhängigkeiten sind Länder wie China insgesamt derzeit noch mehr auf Deutschland angewiesen als andersherum, und strategische Lagerbestände für den Krisenfall würden Resilienzen schaffen. Doch die Sorgen der Bürger:innen aufgreifend müsste die nächste Bundesregierung eine grundlegendere Neuausrichtung angesichts der chinesischen ‚Dual Circulation‘-Strategie angehen. Durch diese sollen (deutsche) Unternehmen entweder durch einheimische Unternehmen vom chinesischen Markt verdrängt oder aber so weit integriert werden, dass sie zu chinesischen Unternehmen werden. Auch deshalb sind Handelsabkommen mit Indien oder afrikanischen Märkten wichtig, wobei diese im Widerspruch zu den oben genannten hohen Ansprüchen an eine nachhaltige Handelspolitik stehen könnten. Die Investitionsprüfung (FDI-Screening), die den Ausverkauf deutscher Technologie in strategischen Bereichen verhindern soll, könnte man verschärfen, mit mehr Ressourcen (insbesondere neuesten Analysetechniken) ausstatten und auf seine europaweite konsequente Implementierung drängen.

Ausblick: Bewusstsein für Herausforderungen als Grundlage für Dialog und Beteiligung

Auch wenn Fragen offenbleiben und manche Forderungen unrealistisch scheinen: Die Diskussionen der Bürger:innen zeigen ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, wie groß die Herausforderungen der deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts sind. Sie bieten Ansatzpunkte für die umfassenden Reformen, die Deutschland dringend benötigt und die im Dialog mit Interessenvertretungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, aber auch den Bürger:innen selbst konkretisiert werden können.

Für den Empfängerkreis besonders relevante Empfehlungen des Bürgergutachtens:

Diese Kernempfehlungen wurden im Plenum abgestimmt und von einer großen Mehrheit der Bürger:innen befürwortet. Tiefer ins Detail gehende Vorschläge aus den Arbeitsgruppen werden in diesem Themendossier als Willensbekundung des Gremiums berücksichtigt, auch wenn kein Votum des gesamten Bürgerrats erfolgte.

Nr.	Empfehlung	Reisegruppe
2.1	Deutschland soll sich für Fairness, Menschenwürde, Transparenz und Nachhaltigkeit im internationalen Handel einsetzen.	Wirtschaft & Handel
2.2	Deutschland soll auch die Interessen wirtschaftlich schwächerer Länder im internationalen Handel berücksichtigen.	Wirtschaft & Handel
2.3	Deutschland soll im internationalen Handel für Innovation, technisches Knowhow und Qualität der Waren stehen und diese Werte aktiv schützen.	Wirtschaft & Handel
2.4	Deutschland soll sich für freien Handel, den Abbau von Handelshemmnissen sowie für die Vereinheitlichung von internationalen Industriestandards und -normen einsetzen.	Wirtschaft & Handel
2.5	Deutschland soll in seinen Lieferketten die Einhaltung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards sicherstellen und hierfür ein deutsches Lieferkettengesetz beschließen, aber auch auf eine gemeinsame europäische Regelung hinarbeiten. Langfristiges Ziel soll ein internationales Lieferkettengesetz zur Vereinheitlichung von Standards weltweit sein.	Wirtschaft & Handel
2.6	Das von uns geforderte Lieferkettengesetz soll möglichst viele Unternehmen einbeziehen, sich an Mitarbeiterzahl, aber auch an Umsatz orientieren und für alle Produkte, welche in Deutschland produziert und/oder verkauft werden, gelten.	Wirtschaft & Handel
2.7	Deutschland soll in den kulturellen Austausch mit China und in gemeinsame wissenschaftliche Projekte investieren, die nicht die wirtschaftlichen Beziehungen betreffen.	Wirtschaft & Handel
2.8	Deutschland soll sein gutes Verhältnis zu China nutzen, um selbstbewusst Menschenrechte, Umweltschutz und faire Handelsbeziehungen weiter auszubauen und zu fördern.	Wirtschaft & Handel
2.9	Deutschland soll mit anderen demokratischen Staaten solidarisch zusammen gegenüber China auftreten. So soll ein stärkeres Gegengewicht zur Handelsmacht China aufgebaut werden, um die eigenen Werte zu vertreten und Sanktionen besser zu verkraften.	Wirtschaft & Handel
6.1	Deutschland soll Nachhaltigkeit, Klimaschutz, das Recht auf sauberes Wasser und die Bekämpfung des Welthungers als globale Querschnittsaufgabe (eine Aufgabe, die alle Bereiche betrifft) vorantreiben und ins Zentrum seines politischen Handelns stellen, damit auch künftige Generationen gut leben können. Dabei soll Deutschland auch im Interesse anderer Länder handeln.	Nachhaltige Entwicklung
6.2	Deutschland muss internationale Maßstäbe setzen, indem es Nachhaltigkeit im Grundgesetz verankert und ein Nachhaltigkeitsministerium einsetzt, welches die Koordination, Kontrolle und Überwachung über andere Ministerien innehat und für Transparenz sorgt.	Nachhaltige Entwicklung
6.3	Deutschland soll sich international dafür einsetzen, dass Wirtschaft und Konsum global und lokal nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes gestaltet werden und dass deren Einhaltung kontrolliert wird. Die beim Klimaschutz verspielte Zeit soll auch dadurch wieder gut gemacht werden, dass Deutschland innerhalb und mit der EU den Energie- und Mobilitätssektor konsequent emissionsneutral umgestaltet und diesen Umbau international vertritt und vorantreibt.	Nachhaltige Entwicklung

6.4	Deutschland muss sich innerhalb und mit der EU dafür einsetzen, dass die Agrarpolitik durch Achtung und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen von Mensch, Tier und Umwelt weltweit unter das Prinzip der Nachhaltigkeit gestellt wird.	Nachhaltige Entwicklung
6.5	Deutschland soll durch klare politische Vorgaben und finanzielle Förderung Forschung und Entwicklung im nachhaltigen Bereich gemeinsam mit der EU als oberste Priorität vorantreiben. So sollen unter anderem benachteiligte Staaten in Kooperation gefördert und befähigt werden, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen. Deutschland soll dabei gegebenenfalls auch ohne die EU voranschreiten.	Nachhaltige Entwicklung
6.6	Deutschland soll in der Welt konsequente Bewusstseins- und Verhaltensänderungen fördern, indem es Mut zur Gemeinwohlorientierung und zum Ende des kontinuierlichen Wachstumsparadigmas zeigt und positives, nachhaltiges Verhalten fördert.	Nachhaltige Entwicklung
